

metallnachrichten

» Eine Information für die Beschäftigten in Baden-Württemberg

www.bw.igm.de

Nr. 3 / 8. März 2012

Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie: Verhandlungen auf 22. März vertagt

Forderungen passen in die Zeit

Das erste Zusammentreffen im Rahmen der Tarifrunde 2012 war ein vergleichsweise kurzer Auftakt: Nach wenigen Stunden vertagten sich die Tarifparteien der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg auf den 22. März. Die Arbeitgeber lehnten die Forderungen der

IG Metall für die rund 800.000 Beschäftigten der Branche im Land strikt ab.

In den Verhandlungen hat die IG Metall ihre Forderungen

- nach 6,5 Prozent mehr Geld für die Beschäftigten der Branche,
- für bessere Perspektiven der Jugend durch die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung und
- fairer statt prekärer Arbeitsbedingungen durch mehr Mitbestimmung bei Leiharbeit bekräftigt.

IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann: »Die Branche stellt derzeit ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit ein-drucksvoll unter Beweis. Der Laden brummt wie selten zuvor. Den Boden dafür haben die Beschäftigten in den Unternehmen bereitet, in dem sie während der großen Wirtschaftskrise Zurückhaltung an den Tag gelegt haben. Jetzt

fordern sie ihren Anteil an der positiven Entwicklung ein.«

Hofmann machte deutlich, es werde keinen Tarifabschluss ohne Lösungen für alle Forderungen geben. »Dieser Gleichklang von *Mehr und Fair* wird sich auch in einem Abschluss wiederfinden müssen.«

MEHR + FAIR

TARIF 2012



Arbeitgeber nicht überfordert

Jörg Hofmann, IG Metall-Bezirksleiter in Baden-Württemberg und Verhandlungsführer zum Auftakt der Tarifrunde 2012

6,5 Prozent mehr Geld, die Arbeitgeber sind damit nicht überfordert. Die Unternehmen haben glänzend verdient und legen in diesen Wochen vergoldete Bilanzen vor. 2011 war eines der besten Jahre in der Geschichte der Metall- und Elektroindustrie. Und 2012 schreibt diesen Trend fort.

tik aller Beteiligten war die Basis. Heute besetzt die deutsche Metall- und Elektroindustrie unbestritten den internationalen Spitzenplatz. Es ist nur fair, dass jetzt die Beschäftigten an diesem Erfolg beteiligt werden.

Dieser Spitzenplatz kann aber nur verteidigt werden, wenn die Metall- und Elektroindustrie auch in Zukunft attraktiver Arbeitsplatz für Fachkräfte bleibt. Völlig unverständlich ist hier die ideologische Blockade der Arbeitgeber jungen Menschen eine sichere Perspektive nach der Ausbildung zu geben. Hier siegt der „Herr im Hause“-Standpunkt. Es bleibt zu hoffen, dass sich Südwestmetall nicht weiter in diese ideologischen Schützengräben eingräbt, sondern konstruktive Vorschläge entwickelt, die in die Zeit und die Anforderungen einer demokratischen Arbeitsgesellschaft passen.

Doch in einer Frage ist Verlass auf die Arbeitgeber: Pünktlich zur Tarifrunde wird der Trauerflor ausgerollt und ein drohender Rückgang der Wirtschaftsleistung an die Wand gemalt. Während die Aktionäre in diesen Tagen über Rekorddividenden jubeln und die Aktienkurse angesichts der Zukunftsperspektiven nach oben schießen, spielt das Verbandsorchester der Arbeitgeber Trauermärsche.

Wir wissen: Der fulminante Aufschwung baut auf den Leistungen der Menschen in den Betrieben auf. Eine kluge Krisenpoli-

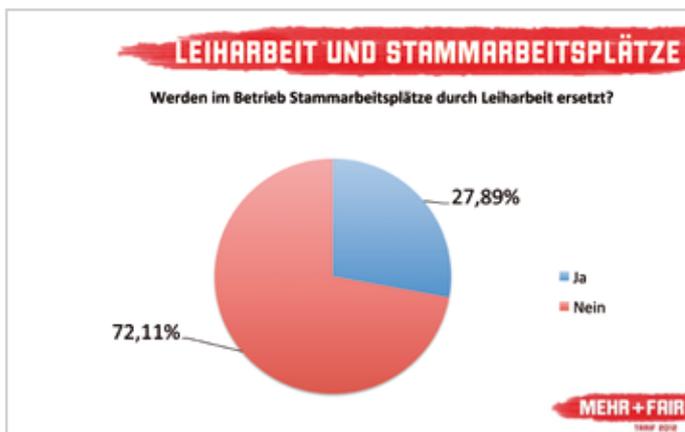
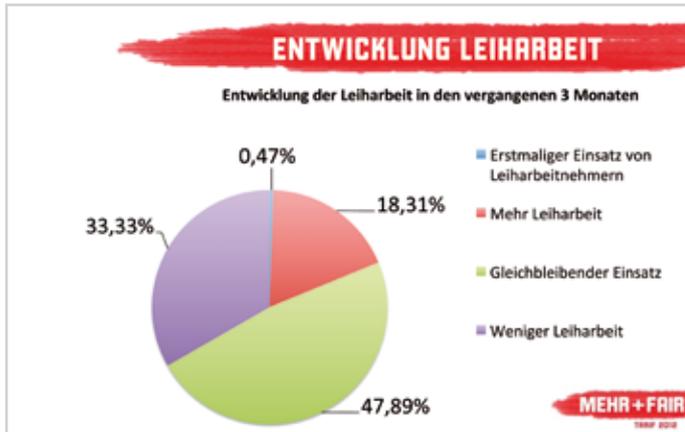
ZEITPLAN

- 22. März: Zweite Verhandlung
- 27. März: Große Tarifkommission
- 31. März: Auslaufen Entgelttarifvertrag
- 28. April: Ende der Friedenspflicht



Zwei Drittel der Betriebe nutzen Leiharbeit

Noch vor dem Auftakt der Tarifrunde für die rund 800.000 Beschäftigten der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie hat die IG Metall ihre Forderungen nach mehr Mitbestimmung bei Leiharbeit untermauert.



Zwei Drittel der Betriebe der Metall- und Elektroindustrie setzen Leiharbeiter ein. Zu diesem Ergebnis kommt der Faktencheck Leiharbeit, den die IG Metall im Rahmen einer jährlich stattfindenden Umfrage in den tarifgebundenen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg, gemacht hat: Demnach liegt die durchschnittliche Verweildauer im Betrieb für rund zwei Drittel der eingesetzten Leiharbeiter bei höchstens 12 Monaten.

Über 18 Prozent der Betriebe muss einen gestiegenen Einsatz von Leiharbeit feststellen, bei rund 48 Prozent ist der Anteil der Leiharbeit unverändert hoch.

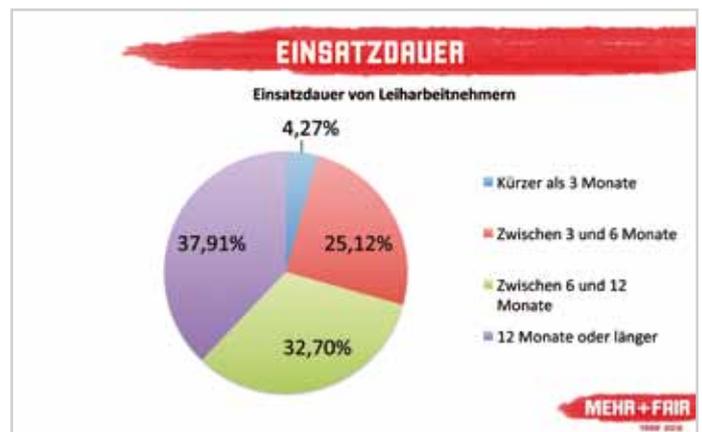
Über ein Viertel der Betriebe gibt an, dass dort Stammarbeitsplätze durch Leiharbeit ersetzt worden sind.

Die Zahl der Betriebe mit Regelungen zum Einsatz von Leihar-

beit ist in den letzten Monaten deutlich gestiegen. In rund 29 Prozent der Vereinbarungen wird so der Einsatz von Leiharbeit ausgeschlossen oder zumindest mit einer Quote versehen.

In Betrieben mit Leiharbeit regeln etwa 28 Prozent der Vereinbarungen eine bessere Bezahlung der Leiharbeitskräfte sowie sonstige Verbesserungen. Ein dringliches Anliegen angesichts der Tatsache, dass Leiharbeiter gerade auf 40-50 Prozent des Verdienstes bei vergleichbarer Arbeitsleistung in der Metall- und Elektroindustrie kommen.

Zurückzuführen ist der Anstieg der betrieblichen Regelungen auf die Aktivitäten der Betriebsräte. Doch noch zu oft scheitern diese Bemühungen, da Betriebsräte keine ausreichenden Mitbestimmungsrechte besitzen. Daher brauchen wir eine tarifliche Regelung, die eine wirksame Mitbestimmung möglich macht.



Verbessert, aber noch längst nicht gut

Einen Tag vor dem Auftakt der Tarifrunde für die rund 800.000 Beschäftigten der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie hat die IG Metall ihre Forderungen nach unbefristeter Übernahme untermauert.

Der Faktencheck Übernahme zeigt: etwa 10 Prozent mehr Betriebe als im Vorjahr übernimmt die Auszubildeten überwiegend unbefristet. Die Frage bezog sich auf die Auslerner zu Beginn dieses Jahres.

Bezogen auf die Zahl der Auszubildenden ergibt sich ein Bild, wonach über 55 Prozent der jungen Menschen im Anschluss an ihre Ausbildung unbefristet übernommen werden. 30 Prozent erhalten einen befristeten Arbeitsvertrag, 12 Prozent gehen nach der Ausbildung auf eine Schule und 3 Prozent werden überhaupt nicht übernommen.

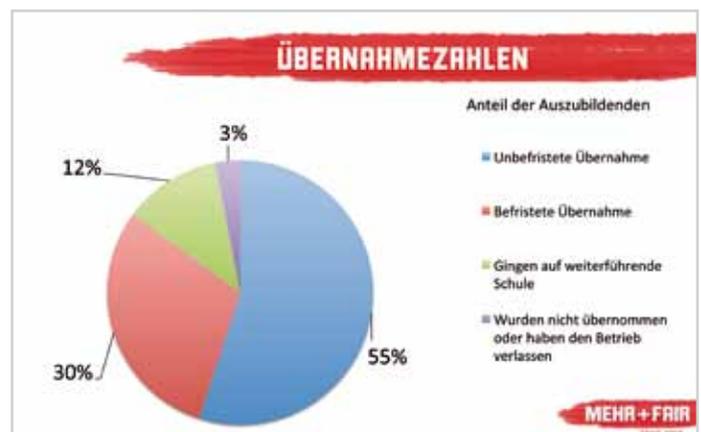
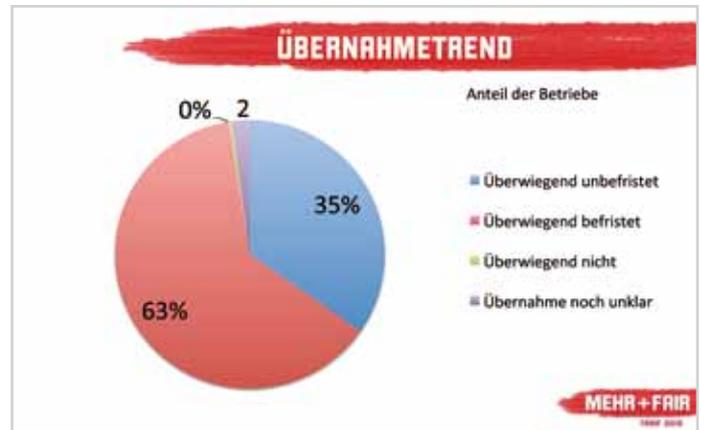
Das ist ohne Zweifel eine Verbesserung der Übernahmepraxis. Sie ist auf die Initiativen zurückzuführen, die Betriebsräte und Jugendvertretungen in den Unternehmen während der letzten Monate entfaltet haben. Durch den erzeugten Druck ist es gelungen zahlreiche Übernahmevereinbarungen zu schließen. Inzwischen liegen über 130 Regelungen zur unbefristeten Übernahme in tarifgebundenen Betrieben vor.

Das spiegelt eine betriebliche Realität und Vernunft wider, in der Südwestmetall, aber auch ein Teil der Arbeitgeber, offenbar noch nicht angekommen sind. Das ist bedauerlich, da diese Fragen vermutlich rasch zu lösen wären. Stattdessen wird ein Popanz aufgebaut, die IG Metall fordere „die Verbeamtung“ der Azubis. Dies ist falsch. Und viel schlimmer: Südwestmetall weiß es.

Wir meinen es ist ein Skandal, wenn ohne sachliche Begründung in der Mehrzahl der Betriebe nur befristet übernommen wird. Dies bedeutet für die Betroffenen und ihre Eltern ein Jahr mehr Unsicherheit, ein Jahr weiter keine Entscheidung über Auszug von zu Hause oder gar Familiengründung.

Die IG Metall hat aber immer gleichzeitig betont: Es gibt Ausnahmen, in denen eine unbefristete Übernahme nicht möglich ist. Etwa wenn der Betrieb aus gesellschaftlicher Verantwortung zusätzlich mehr ausbildet, wie sein Bedarf ist. Oder wenn im Moment der Übernahme keine Beschäftigungsmöglichkeit im Betrieb besteht. Wir wollen die unbefristete Übernahme als Regel. Eine nicht begründete Befristung nach der Ausbildung ist und bleibt Schikane, die es dem Arbeitgeber erlaubt alleine auszusortieren, wem und wie vielen er eine Chance auf Weiterbeschäftigung gibt.

Im Übrigen: Die Arbeitgeber behaupten, dass die Forderung nach unbefristeter Übernahme die Betriebe jetzt schon dazu veranlasst, die Ausbildungszahlen nach unten zu schrauben. Die Befragung dagegen zeigt: mehr als 70 Prozent der Betriebe werden ihre Ausbildungszahlen beibehalten. Über 20 Prozent werden sie sogar teilweise deutlich erhöhen. Konstruktive Vorschläge statt Panikmache – das ist jetzt von den Arbeitgebern gefordert.



SCHWARZBUCH LEIHARBEIT

Flexibilität im Betrieb gegen sichere und zukunftsfähige Beschäftigung - dieser Deal bereitet den Boden für das von aller Welt beneidete »German Beschäftigungswunder«. So gelang es, Fachkräfte und Erfahrung in den Betrieben zu halten.

Die Arbeitgeber haben diesen Grundkonsens aufgekündigt. Seit Ende der Krise setzen sie wieder massiv Leiharbeit in den Betrieben ein und gefährden so sichere Arbeitsplätze der Stammbeschäftigten. Inzwischen nutzen zwei Drittel der Betriebe der Metall- und Elektroindustrie Leiharbeit.

Oft wird der Einsatz von Leiharbeit heruntergespielt und verharmlost: Leiharbeit sei lediglich ein Instrument für mehr betriebliche Flexibilität und diene zum Abfangen von Auftragsspitzen.



Aber in vielen Unternehmen sind seit Jahren Leiharbeiter tätig. Die übertragenen Tätigkeiten ändern sich selten, die Leiharbeiter häufig. Und das oft zu Armutslöhnen und deutlich schlechteren Bedingungen wie die der Stammbeschäftigten.

Mehr Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte zur Leiharbeit können Auswüchse stoppen und sichere Arbeitsplätze schützen. Mit dem **SCHWARZBUCH LEIHARBEIT** listet die IG Metall die Unternehmen auf, deren Leiharbeitsanteil über 10 Prozent liegt. Befragt wurden hierzu Ende Februar 636 tarifgebundene Betriebsräte der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg. In diesen Betrieben sind insgesamt 470 000 Menschen beschäftigt, davon 21.500 Leiharbeitnehmer. Weitere Infos unter www.igm.de



Bund
Baden-Württemberg

FAIR STATT.. PREKÄR.

Leiharbeit macht Menschen zu billigen Wegwerfartikeln und vernichtet sichere Beschäftigung in den Betrieben. Tun wir was dagegen.

www.bw.igm.de

MEHR + FAIR

TARIF 2012